



Rousseff in Bedrängnis

Krise, Proteste – jetzt kommt auch noch die Kanzlerin nach Brasilien. **Seite 2**

Fotos: dpa/Adriano Machado, imago/Christian Mang

Rostock ahoi!

Das einstige »Tor zur Welt« ist heute Brücke in den Ostseeraum. **Seite 3**

Kein Frieden für Bewegte

Die Auseinandersetzung mit der »neuen« Friedensbewegung spaltet weiterhin die traditionellen Anti-Kriegs-Kräfte. **Seite 18**



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 19. August 2015

70. Jahrgang/Nr. 192

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Kalkulierte Katastrophe

Stefan Otto fordert mehr Mittel für die Unterbringung von Flüchtlingen

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Grünen mag Friedrich Schorlemmer bestätigen. Der Theologe warnte unlängst davor, angesichts des hohen Leerstands in Ostdeutschland Flüchtlinge vor allem dort unterzubringen. »Dann Gnade uns Gott«, sagte er. Die Regierung erklärte nun, dass es in den neuen Ländern auffallend viele rassistische Übergriffe gebe.

Die Ursachen hierfür mögen vielfältig und angesichts rechter Hochburgen in Vorpommern und Ostsachsen mitunter regional bedingt sein. Sozialwissenschaftler weisen zudem darauf hin, dass es einen Zusammenhang zwischen einer geringen Zuwanderung und einer großen Fremdenfeindlichkeit gebe. Vorurteile mögen sich so schwieriger abbauen. Dafür bedarf es offenbar viele Jahre alltäglichen Umgangs miteinander.

Altkanzler Helmut Kohl wollte Anfang der 80er Jahre noch jeden zweiten Gastarbeiter wieder loswerden. Doch die Zeiten haben sich geändert. Mittlerweile versteht sich die Bundesrepublik als Einwanderungsland.

Trotzdem erscheint es möglich, dass künftig weiterhin landauf, landab Flüchtlinge attackiert und ihre Heime angesteckt werden – wenn nämlich die Bundesregierung es unterlässt, die nötigen Mittel für die Unterbringung der Asylbewerber bereitzustellen. Das rigorose Aussitzen der Situation forciert einen Ausnahmezustand, womit schließlich der Boden für xenophobe Ausschreitungen bereitet wird – und zwar im Osten wie im Westen.

UNTEN LINKS

Alpha ist der erste, Omega der letzte Buchstabe im griechischen Alphabet. In Marmor und Granit graviert, symbolisieren sie Anfang und Ende des Lebens. Ginge es nach Technologen wie dem Google-Futuristen Ray Kurzweil, demzufolge die Unsterblichkeit in greifbare Nähe gerückt ist, wäre das Omega bald so überflüssig wie der Tod. Umso erstaunlicher, dass der Konzern, der Kurzweil bezahlt, ausgerechnet das obsoletete »Alphabet« als Namen für die Holding wählte, unter deren Dach er seine Zukunftsprojekte ins Trockene bringen will. Gern würden wir einen Blick durch ein »Google Glass« werfen, um zu erkennen, was dahintersteckt. Nur war die Datenbrille ein solcher Flop, dass ihr Verkauf bereits eingestellt wurde. Ist »Alphabet« also ein subtiles Eingeständnis des Scheiterns? Selbst die Suchmaschine taugt ja in Wirklichkeit nichts. Die Recherche nach meinem Fahrradschlüssel jedenfalls – ich vermisste ihn seit Tagen – führte zwar zu 29 300 Treffern, aber zu keinem Ergebnis. *mha*



Schnäppchenjagd in Hellas

Athen nickt Verkauf von 14 Regionalflughäfen an deutschen Konzern ab

Der Flughafen von Rhodos steht auf der Einkaufsliste des Frankfurter Fraport-Konzerns.

Foto: imago/Action Pictures

Berlin. Es ist für den Frankfurter Flughafenkonzern Fraport ein Punktlandung: Am Dienstag, kurz vor der Bundestagsentscheidung über das dritte Kreditprogramm für Griechenland, nickte die Regierung in Athen den Verkauf von 14 Flughäfen an den deutschen Konzern ab. Die Privatisierung der zumeist in Touristenregionen gelegenen Airports war schon mit der Vorgängerregierung ausgehandelt worden; die SYRIZA-geführte Regierung hatte das Geschäft ausgesetzt. Letztlich wurde Athen der Deal von den Gläubigern im Memorandum über das dritte Kreditprogramm aufgezwungen. Mit diesem Programm erhält

Griechenland Geld, um seine Schulden zu bedienen, muss dafür aber zahlreiche harte Bedingungen akzeptieren.

Wahrscheinlich sollte die Entscheidung der griechischen Regierung gute Stimmung für die Parlamentsdebatte in Berlin an diesem Mittwoch machen. Das Kreditprogramm dürfte in der Sondersitzung eine Mehrheit bekommen, allerdings hatte Kanzlerin Angela Merkel schon bei der Abstimmung über neue Verhandlungen mit Athen 60 Gegenstimmen aus der eigenen Fraktion. Die Grünen wollen für das Kreditprogramm stimmen, die LINKE wird es mehrheitlich ablehnen. Einige Linksabge-

ordnete wollen sich enthalten, um sich von ablehnenden Stimmen aus dem konservativen und rechtspopulistischen Lager zu unterscheiden. Die spanische Regierung unterstützte in einer Parlamentsdebatte am Dienstag der Kreditprogramm.

Zeitungsberichten zufolge könnte das neue Kreditprogramm teurer werden als geplant. Statt 86 war von nunmehr 92 Milliarden Euro die Rede. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erklärte, der Mehrbedarf werde durch Privatisierungen gedeckt. Fraport bezahlt für die 14 Regionalflughäfen übrigens 1,234 Milliarden Euro. *nd* Seite 6

Anzahl der Flüchtlinge auf Rekordhoch

Bis zu 750 000 Menschen könnten nach Deutschland kommen / Fast jede zweite rassistische Tat im Osten

Die Flüchtlingszahlen werden dieses Jahr höher ausfallen als erwartet. Am Mittwoch stellt der Bundesinnenminister die neue Prognose vor. Klar ist bereits jetzt: Es gibt ein Allzeithoch.

Berlin. Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland wird in diesem Jahr so hoch sein wie nie zuvor sein. Der Bund hebt seine Flüchtlingsprognose voraussichtlich deutlich an, wie das »Handelsblatt« am Dienstag meldete. Demnach könnten dieses Jahr 650 000, womöglich sogar 750 000 Schutzsuchende zu uns kommen. Bislang hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit rund 450 000 Asylanträgen gerechnet.

Die Bundesbehörden hatten 1992 mit etwa 440 000 Asylanträgen den bisherigen Rekordstand gezählt. Für die verhältnismäßig hohe Anzahl an Flüchtlingen waren hauptsächlich die Kriege auf dem Balkan verantwortlich. Die Zahlen gingen dann – we-

gen des geschleiften Grundrechts auf Asyl – bis auf Werte von etwa 30 000 Anträgen in den Jahren 2006 bis 2009 zurück. Seitdem stiegen die Flüchtlingszahlen angesichts vieler internationaler Krisen und Kriegen wieder an. 2013 gab es in Deutschland rund 127 000 Asylanträge, 2014 dann gut 200 000 und 2015 nun womöglich mehr als drei Mal so viel. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will die neue Prognose am Mittwoch vorstellen.

Angesichts der großen Zahl an Geflüchteten hat die Bundesregierung mehrfach eine gleichmäßigere Verteilung der Flüchtlinge in Europa gefordert. Jetzt bekommt sie Unterstützung vom hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, António Guterres. »Wir müssen die Verantwortung auf mehr Schultern in Europa verteilen. Es ist langfristig nicht tragbar, dass nur zwei EU-Länder – Deutschland und Schweden – mit leistungsfähigen Asyl-

strukturen die Mehrheit der Flüchtlinge aufnehmen«, erklärte der frühere portugiesische Ministerpräsident in der »Welt«.

Immer mehr Flüchtlinge erreichen derweil das krisengeschüttelte Griechenland – seit Jahres-

»Wir müssen die Verantwortung auf mehr Schultern in Europa verteilen.«

UN-Flüchtlingskommissar António Guterres

beginn waren es rund 160 000 Migranten, teilte das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR mit. Allein im Juli seien es rund 50 000 Menschen gewesen – etwa 7000 mehr als im vergangenen Jahr.

Unterdessen wurden neue Zahlen zu rassistischen Gewalttaten in Deutschland bekannt. So wurden

im vergangenen Jahr 61 von bundesweit 130 rassistischen Gewalttaten in den neuen Ländern inklusive Berlin verübt. Das geht aus aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Irene Mihalic hervor. Die 61 erfassten Taten entsprechen einem Anstieg von 40 Prozent in den neuen Ländern und Berlin im Vergleich zu 2013.

Die bundesweite Zahl der rechten Gewalttaten – also solcher, die sich nicht nur gegen Zuwanderer richteten – bezifferte das Ministerium auf 1029. Mit 370 wurden die meisten dieser Taten im einwohnerstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen verübt. In der Statistik folgte Berlin mit 111, Sachsen mit 86 und Brandenburg mit 73. Die Aufklärungsquote der Übergriffe lag dem Ministerium zufolge 2014 bei 64 Prozent – und damit 14 Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor. *Agenturen/nd*

Seiten 5, 9 und 10

Erwerbslose verarmen weiter

Zu den materiellen Entbehrungen kommen oft Schulden beim Jobcenter

Berlin. Die Verarmung von Arbeitslosen in Deutschland hat laut der Vizevorsitzenden der Linksfraction im Bundestag, Sabine Zimmermann, in den vergangenen zehn Jahren deutlich zugenommen. Der Anteil jener, die mit »erheblichen materiellen Entbehrungen« leben müssten, sei von 18,2 Prozent (2005) auf 33,7 Prozent (2013) gestiegen, sagte sie unter Berufung auf Zahlen von Eurostat. »Ein Drittel der Erwerbslosen kann sich somit vier von neun als lebensnotwendig erachtete Güter und Aktivitäten nicht leisten.«

Abgefragt wurden Einschränkungen des Lebensstandards bei Miete, Wasser, Strom oder Heizung. Auch sei entscheidend, ob der Erwerbslose sich jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr leisten könne, einen einwöchigen Urlaub, ein Auto, eine Waschmaschine, ein TV-Gerät und ein Telefon.

Im EU-Durchschnitt leiden weniger Erwerbslose als in Deutschland unter »erheblicher materieller Entbehrung«. Der Schnitt habe 2013 bei 27,1 gelegen, so Zimmermann. Sie sieht die Hartz-Reformen als wesentlichen Grund für die Entwicklung. Die AG der Freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen erklärte am Dienstag, immer mehr Hartz-IV-Bezieher hätten Schulden beim Jobcenter. Der unzureichende Regelsatz zwingt sie dazu, sich Geld zu leihen. Jährlich gewährten Jobcenter bundesweit rund 225 000 Darlehen für Waschmaschinen, Kühlschränke, die Übernahme von Stromschulden oder Mietkaution. *Agenturen/nd* Kommentar Seite 4

Angriff von Boko Haram in Nigeria

Zahlreiche der 150 Opfer offenbar auf Flucht in Fluss ertrunken

Kano. Bei einem Angriff der Islamistengruppe Boko Haram auf ein Dorf im Nordosten Nigerias sind Augenzeugenberichten zufolge bis zu 150 Menschen ums Leben gekommen. Viele der Opfer seien auf der Flucht vor den Islamisten in einem Fluss ertrunken, sagten Bewohner von Kukuwa-Gari am Dienstag gegenüber AFP. Zahlreiche andere seien erschossen worden. Ein örtlicher Regierungsvertreter bestätigte den Angriff, sprach aber von rund 50 Todesopfern.

Dutzende Angreifer seien mit Motorrädern und einem Auto in das Dorf eingefallen und hätten sofort das Feuer eröffnet. Die meisten Dorfbewohner, vor allem Frauen und Kinder, seien in Panik in Richtung des Flusses gerannt. Dabei seien sie von den Angreifern verfolgt worden, die auf sie geschossen hätten. Im Bemühen, den Angreifern zu entkommen, seien sie in den Fluss gesprungen, berichteten die Bewohner. Einer der Angreifer habe gezielt einen Fischer erschossen, der versucht habe, die Ertrinkenden zu retten.

Der Angriff auf das Dorf ereignete sich den Angaben zufolge bereits am vergangenen Donnerstag. Weil die Extremisten die Telekommunikationsmasten in der Gegend im Zuge ihres seit 2009 andauernden Aufstands zerstörten, dauerte es aber fünf Tage, bis die Nachricht an die Öffentlichkeit drang. *AFP/nd*

Lesen Sie heute im Ratgeber

Sicher surfen im Internet: Wie Eltern ihre Kinder vor Gefahren schützen können

Aufhebungsvertrag: Vorteile, aber auch Nachteile

Erbrecht und Erbeil: Verzicht hat erbrechtliche Folgen

ISSN 0323-3375

